

über nachdenkt, ob das, was gerade festgelegt wurde, noch richtig ist. Ich glaube, daß man soviel Vertrauen in die Verantwortung der Regierung haben sollte, daß, wenn die Probleme deutlich überschaubarer werden, mit genaueren Zahlen - denn keiner kennt genau die Preisentwicklung, keiner kennt genau die Lohnentwicklung -, daß dieses Problem dann dynamisch wieder neu und ständig auf die Tagesordnung kommt. Der Student muß sein Auskommen haben.

Die Abhängigkeit: Ich rede dem das Wort, der sagt, daß es ein Fürsorgeprinzip in einer menschlichen Gesellschaft geben muß. Ich finde es nicht schlecht, wenn auch Eltern mit in die Pflicht genommen werden - „mit“ habe ich nur gesagt, nicht „allein“. Das ist deswegen auch richtig, weil ich es einfach nicht verstehen würde, wenn mein Sohn das gleiche Stipendium bekommen würde wie ein Sozialhilfeempfänger. Mein Sohn sollte gar keins bekommen, würde ich fast sagen. Aber dann ist er abhängig. Nur glaube ich, weil das Wort Menschenwürde fiel: Ich freue mich eigentlich, denken zu können, daß mein Sohn mich liebt und daß ich ihn liebe,

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

und demzufolge könnte das eine Basis sein, auch mit Würde zu helfen.

Natürlich heißt das nicht, da, wo der krasse, andersartige Ausnahmefall ist, daß dann nicht der Staat in Pflicht genommen werden kann. Nur in jedem Denkansatz zunächst Staat vor Familie zu sehen, ich glaube, das ist nicht gesund.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

Letztlich möchte ich noch ein Problem anreißen, das auch mit bedacht werden muß, wenn wir an soziale Sicherung von Studenten denken. Wir sind aus einer Zeit der strengen Reglementierung gekommen. Die erste Reglementierung des Studenten beginnt schon mit seinem Zulassungsverfahren, das wir hatten, und dann wird weiter reglementiert. Ich war in den Jahren 1972 bis 1976 Gruppenberater. Da hatte ich eine Richtzahl: Höchstens 2 % Exmatrikulationen pro Jahr. Man überlege sich einmal eine solche Richtzahl! Wer wirklich nicht kann, der sollte gehen. All dieses Einregulieren, auch in die Frage - Ist dieser Beruf, den ich jetzt durch Studien ergreifen will, einer, der Aussicht hat? -, das muß dann auch die eigene Entscheidung werden. Und das muß man lernen, und diesen Lernprozeß müssen wir auch dulden und tolerieren.

Es ist sehr schön, wenn die Studenten mit uns darüber reden. Ob es eine Dauerdemo sein muß, würde ich auch bezweifeln. Aber daß sie mit uns reden, das ist richtig. Mir hat auch die Erklärung, die heute vorgetragen wurde, in diesem Sinne sehr gut gefallen.

Ich möchte auch noch einmal betonen, daß das, was wir Vorhaben - in die soziale Marktwirtschaft zu gehen -, so etwas wie ein Orientierungslauf ist: Man hat einen Zettel in der Hand und weiß, wo der nächste Zettel ist. Von da aus kann man dann entscheiden. Das Alte, das war der Lauf, den bekanntlich Ochs und Esel nicht aufgehalten haben.

(Heiterkeit und Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

Und das möchte ich nicht wieder, und Sie hoffentlich auch nicht.

(Beifall)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage? -

Frau Dr. Enkelmann (PDS):

Sie sprachen über die guten Beziehungen zwischen Ihrem Sohn und Ihrer Familie. Was ist aber in dem Fall, wo diese Beziehungen nicht so gut sind? Dann verklagt der Sohn also seinen Vater?

Prof. Dr. Ort leb (Die Liberalen):

Dann wird das dem Sohn wahrscheinlich auch nicht schwerfallen, wenn die Beziehungen so schlecht sind.

(Beifall)

(Frau Jentsch, PDS: Meine Frage hat sich damit aufgehoben. Ich wollte ähnlich fragen, denn es ist doch bekannt...)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Bitte die Frage, keine Statements! - Bitte, Fraktion der SPD!

Dr. Manhenke (SPD):

Ich vertrete den Arbeitskreis Finanzen und Haushalt in unserem Bereich, und deshalb kann ich sagen, daß das Stipendium im Durchschnitt von 350 DM mehr als 40 % dessen ist, was wir bei den anderen vergleichbaren Geldern auch haben. Aber aus der SPD muß ich Sie unterstützen, daß wir die sozialen Belange in den Vordergrund stellen; deshalb meine Frage an Sie als Hochschullehrer und auch an Prof. Meyer:

Es ist bekannt, daß die Zusatzstipendien bisher vor allem nach politischen Gesichtspunkten verteilt worden sind.

(Beifall)

Unter diesem politischen Gesichtspunkt sehe ich auch den verlängerten Wehrdienst und die Absicht, dafür jetzt noch Zusatzleistungen zu machen. Ich bin der Meinung, man müßte das also verteilen aus sozialen Gesichtspunkten.

(Zwischenruf der Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:
Bitte, bitte keine Statements, sondern Fragen.)

Welche Haltung haben Sie dazu?

Prof. Dr. Ort leb (Die Liberalen):

Ich habe vorhin an der selben Stelle auch gestutzt, als das vorgetragen wurde, und zwar aus einem anderen Motiv heraus als Sie. Ich habe gedacht, eigentlich müßte jetzt eine Frau aufstehen und sagen, das ist ja gegen die Gleichberechtigung; denn ich kenne wenige längerdienende weibliche Studenten.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

So, gestatten Sie noch eine letzte Frage?

Frau Voigt (PDS):

Herr Abgeordneter! Ich bin weiblich. Meine Frage ist die: Die Abhängigkeit vom Elternhaus, eine gesunde Abhängigkeit, dafür plädieren Sie. Könnte ich Sie fragen, wie stehen Sie zum §218?

(Heiterkeit bei CDU/DA, Liberalen und SPD)

Prof. Dr. Ort leb (Die Liberalen):

Auch wenn die Frage, glaube ich, ein wenig die heutige Thematik sprengt, will ich sie Ihnen beantworten. Ich stehe uneingeschränkt

(Unverständlicher Zwischenruf der Abgeordneten Frau Voigt)

Bitte lassen Sie mich doch wenigstens antworten, wenn es Ihnen recht ist. Ich bin dafür, daß es bei Fristenregelungen bleibt, also ich bin gegen § 218.

(Beifall bei CDU/DA, Liberalen und SPD)